

# Grüne Wirtschaftspolitik: Mehr als nur Markt

*Winfried Hermann, Bärbel Höhn, Thilo Hoppe, Jens Kendzia, Markus Kurth,  
Jürgen Trittin, Barbara Unmüßig*

5

## 1. Grüne Wirtschaftspolitik ist mehr

10 Markt und Wettbewerb, Wachstum und wirtschaftliche Effizienz sind  
für Grüne weder Selbstzweck noch Dogma. Eingebettet in einen  
sozialen und ökologischen Ordnungsrahmen können funktionierende  
Märkte ein effizientes Mittel sein, grüne Ziele zu erreichen. Sich  
selbst überlassen sind die Marktkräfte jedoch oft eine Triebfeder für  
Umweltzerstörung, Ausbeutung und Ressourcenverschwendung. Die  
15 drängenden Probleme unserer Zeit - vom Klimawandel über die  
Massenarbeitslosigkeit bis hin zur globalen Armut - sind auch  
Ergebnis von Marktversagen. Grüne Marktwirtschaft braucht deshalb  
einen nationalen und internationalen Rahmen, der den am Markt  
tätigen Unternehmen Grenzen zieht, Wettbewerb durchsetzt und für  
20 sozialen Ausgleich sorgt.

Grüne Wirtschaftspolitik ist mehr als grün buchstabierte  
Unternehmens- und Mittelstands-, Wettbewerbs- und  
Arbeitsmarktpolitik. Sie ist integraler Bestandteil eines  
25 ganzheitlichen Politikentwurfes, der den Zielen ökologischer  
Nachhaltigkeit, sozialer Gerechtigkeit, gleichberechtigter  
gesellschaftlicher Teilhabe und internationaler Solidarität verpflichtet  
ist. Der Erfolg grüner Wirtschaftspolitik misst sich maßgeblich  
daran, inwieweit sie diesen Zielen gerecht wird.

30

Grüne Wirtschaftspolitik stellt Mensch und Natur in den Mittelpunkt.  
Ihr Ziel ist nicht die Veränderung abstrakter volkswirtschaftlicher  
Messgrößen wie BIP-Wachstumsraten, sondern der Erhalt unserer  
Lebensgrundlagen und die Verbesserung der Lebensbedingungen  
35 aller Menschen. Grüne schauen hinter die Statistiken: Ob  
Wirtschaftswachstum auf Erneuerbaren Energien oder auf Atomkraft

beruht, ob der Export von Werkzeugmaschinen boomt oder der von Rüstungsgütern, ob sozialversicherte Jobs entstehen oder prekäre Beschäftigung macht für Grüne einen wesentlichen Unterschied.

40

## **2. Grün wird der Markt nicht von allein**

Die globale Erwärmung ist - in den Worten des Ökonomen Sir Nicholas Stern - das größte Marktversagen, das die Welt je gesehen hat. Der Stern-Report der britischen Regierung und der jüngste Klimabericht des IPCC haben eine grüne Erkenntnis bis weit in die Mitte unserer Gesellschaft getragen: Gegen die Umwelt lässt sich auf Dauer kein Gewinn erzielen. Unsere Wirtschaft steht vor einem Scheideweg. Entweder die Marktwirtschaft wird grün oder sie hat keine Zukunft. Wenn wir unseren Planeten auch für zukünftige Generationen lebenswert erhalten wollen, müssen wir unsere Lebensstile und unsere Wirtschaftsweise grundlegend ändern. Dazu gehört ein neues Verständnis von Wohlstand, das nicht blind auf quantitative Zuwächse sondern verstärkt auf qualitatives Wachstum setzt.

55

Die notwendige ökologische Modernisierung stellt Wirtschaft und Gesellschaft vor enorme Herausforderungen. Grüne Wirtschaftspolitik hat aber von Anfang an auch die großen Chancen erkannt, die sich aus dem ökologischen Umbau unserer Industriegesellschaft ergeben - Chancen für wirtschaftliche Innovation, nachhaltiges Wachstum und zukunftsfähige Arbeitsplätze. Grüne Marktwirtschaft kann enorme Effizienzreserven für den ökologischen Fortschritt mobilisieren. Schon heute werden mit grünen Ideen schwarze Zahlen geschrieben. In den Bereichen der Erneuerbaren Energien, der Umwelttechnik und der Bio-Landwirtschaft wurden in den letzten Jahren Hunderttausende neuer Arbeitsplätze geschaffen. Und das war erst der Anfang des grünen Wirtschaftswunders. Inzwischen begreifen selbst Wirtschaftsberater wie Roland Berger die Umwelttechnologien als Leitbranche, die für das wirtschaftliche Wohl unseres Landes bald wichtiger sein wird als die Automobilindustrie.

70

Die Ökologisierung der Wirtschaft kommt aber nicht von allein.  
75 Ökologischer Fortschritt musste von der Politik immer schon gegen  
den kurzsichtigen Widerstand mächtiger Wirtschaftsinteressen  
durchgesetzt werden. Das war so beim Katalysator und beim  
Atomausstieg. Das ist auch heute nicht anders, allen rhetorischen  
Bekennnissen der Wirtschaft zu Nachhaltigkeit und Klimaschutz  
80 zum Trotz. Der aktuelle Streit um strengere CO<sub>2</sub>-Ausstoßgrenzen für  
Pkw hat das in aller Deutlichkeit gezeigt. Statt ehrgeizige  
Verbrauchswerte als Ansporn zur Entwicklung sparsamer Autos für  
den Weltmarkt zu begreifen, kämpfen DaimlerChrysler, Volkswagen  
und BMW verbissen gegen Verbrauchsobergrenzen, deren  
85 Einhaltung sie zuvor selbst zugesagt hatten. Nicht nur in diesem Fall  
haben sich freiwillige Selbstverpflichtungen der Industrie, die keine  
Sanktionen für den Fall des Scheiterns enthalten, als leere  
Versprechungen erwiesen.

90 Marktversagen ist nicht mit freiwilligen Selbstverpflichtungen  
beizukommen. An die Stelle unverbindlicher *gentlemen's agreements*  
müssen daher wieder verstärkt ordnungsrechtliche Vorgaben treten.  
Nur so kann die kurzsichtige Marktlogik, die in der Regel schnellen  
Profit über nachhaltiges Wirtschaften setzt, gebrochen werden. Das  
95 wird auch von verantwortungsbewussten Unternehmen anerkannt,  
wie das Beispiel der Partnership for Climate Action zeigt. Dieses  
Klimaschutzbündnis großer amerikanischer Unternehmen hat  
Präsident Bush erst jüngst wieder aufgefordert, der amerikanischen  
Wirtschaft ehrgeizige Klimaschutzziele und strengere CO<sub>2</sub>-  
100 Grenzwerte zu verordnen.

Um Klimaschutz und ökologische Modernisierung voranzutreiben,  
setzt grüne Wirtschaftspolitik auf eine Palette unterschiedlicher  
Instrumente: Ökologische Grenzen respektieren heißt Knappheit  
105 schaffen und den Umweltverbrauch zurückfahren. So wollen wir die  
erforderliche Effizienzrevolution unserer Wirtschaft durch ehrgeizige  
und degressive Grenzwerte für den Energieverbrauch von Autos und  
Elektrogeräten antreiben. Ein Klimaschutzfonds, der sich aus Erlösen

110 der Versteigerung von Emissionszertifikaten speist, soll Investitionen  
in Energieeffizienz verstärken. Den grünen Erfolg bei der Förderung  
von Sonnen-, Wind- und Wasserstrom wollen wir ausbauen und  
durch ein Wärmegesetz für Erneuerbare Energien auf den Bereich  
der Wärmebereitstellung übertragen. Gleichzeitig gilt es, Kraft-  
Wärme-Koppelung stärker zu begünstigen. Ein neu zu schaffendes  
115 Biogaseinspeisegesetz muss kostendeckende Vergütungen für die  
Einspeisung von Biogas in das Gasnetz gewähren. Durch den Ausbau  
der Solarenergie, strengere Vorgaben für die Wärmedämmung und  
eine Ausweitung des Gebäudesanierungsprogramms sorgen wir  
dafür, dass das Handwerk einen grünen Boden hat.

120

### **3. Nur soziale Marktwirtschaft ist grün**

Die soziale Marktwirtschaft steckt in einer tiefen Vertrauenskrise.  
Laut Allensbach ist nur noch ein Viertel der Deutschen überzeugt, in  
125 einer sozialen Wirtschaftsordnung zu leben. 62 Prozent meinen, dass  
unsere Marktwirtschaft ihre soziale Ausrichtung längst aufgegeben  
habe. Angesichts von Massentlastungen bei Unternehmen, die  
Rekordgewinne verbuchen, und explodierender Vorstandsgehälter in  
Unternehmen, die Stellen abbauen, verwundert das nicht. Eine  
130 Steuerpolitik, bei der die Masse der Steuerpflichtigen etwa über die  
Mehrwertsteuer Milliardenentlastungen für Unternehmen und  
Spitzenverdiener bezahlt, verschärft die soziale Malaise. Und die  
Mängel der Arbeitsmarktreformen bei anhaltender  
Massenarbeitslosigkeit haben bis tief in die Mittelschicht  
135 Abstiegsängste ausgelöst. Diese Angst und Unzufriedenheit droht die  
Zustimmung zu unserer Demokratie und zur europäischen Einigung  
zu untergraben. Auch deshalb muss grüne Wirtschaftspolitik soziale  
Gerechtigkeit und soziale Sicherheit neu in den Mittelpunkt rücken.  
Dem Chor von ArbeitgeberInnen, Politik und Medien, der trotz  
140 Wirtschaftswachstum und steigender Unternehmensgewinne immer  
neue Einschnitte ins soziale Netz für unvermeidbar erklärt, schließen  
wir uns nicht an.

Grüne Marktwirtschaft ist immer auch soziale Marktwirtschaft. Mit

145 Massenarbeitslosigkeit, prekärer Beschäftigung und der wachsenden  
Kluft zwischen Arm und Reich findet sich grüne Wirtschaftspolitik  
nicht ab. Sie geht von dem Grundsatz aus, dass in einer gerechten  
Gesellschaft wirtschaftlicher Fortschritt allen zugute kommen muss  
und nicht nur einigen wenigen. Deshalb gehört zum Kern grüner  
150 Marktwirtschaft neben Zugangschancen zu Arbeit, Bildung und  
gesellschaftlicher Teilhabe auch die gerechte Verteilung des  
gesellschaftlichen Wohlstands – und zwar für beide Geschlechter!  
Die Entwicklung der letzten Jahre, dass Arbeitnehmerinnen und  
Arbeitnehmer von Gewinnwachstum der Unternehmen immer  
155 weniger profitieren, wollen wir ändern.

Ein vorrangiges Ziel grüner Wirtschaftspolitik muss es sein, endlich  
Existenz sichernde Mindestlöhne durchzusetzen. Immer mehr  
Menschen können nicht mehr von ihrer Arbeit leben. Innerhalb des  
160 Niedriglohnssektors verschärfen sich die Probleme, weil auch die  
niedrigsten Tariflohngruppen zunehmend ins Rutschen geraten. Eine  
Million Menschen bezieht Arbeitslosengeld II trotz Berufstätigkeit,  
darunter 570.000 regulär sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.  
Anspruch auf ergänzendes Arbeitslosengeld hätten nach einer  
165 aktuellen Studie der Böckler-Stiftung sogar 1,9 Millionen  
Beschäftigte. Diese Fakten zeigen: Tarifverträge und Arbeitsrecht  
bieten schon lange keinen wirksamen Schutz mehr gegen  
Lohndumping. Angesichts der dramatischen beschleunigten  
Ausbreitung von Armutslöhnen setzen wir uns für einen  
170 bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn nach britischem Vorbild ein.  
Branchen- und regionalspezifische Differenzierungen können nur  
oberhalb einer solchen Mindestabsicherung erfolgen. Umfangreiche  
staatliche Lohnsubventionen durch Kombilohn-Modelle lehnen wir  
hingegen ab. Denn es ist und bleibt Verantwortung der Unternehmen,  
175 ihren Arbeitnehmern einen Existenz sichernden Lohn zu zahlen.

Weitere wichtige Gerechtigkeitsprojekte haben wir Grüne bereits vor  
der Bundestagswahl benannt: Eine solidarische Bürgerversicherung,  
die unsere sozialen Sicherung auf eine breitere Grundlage stellt. Ein  
180 gerechteres Steuersystem mit einem Spitzensteuersatz von 45% auf

private Einkünfte. Und eine stärkere steuerliche Heranziehung großer Vermögen und Erbschaften.

Mehr Gerechtigkeit ist auch Hintergrund unserer Debatte um  
185 Grundsicherung und Grundeinkommen. Dabei geht es um das soziale  
Bürgerrecht, auch in einer Situation der materiellen Abhängigkeit  
selbstbestimmt und angstfrei leben zu können. Ziel muss eine  
Leistung sein, die Arbeitslose entsprechend ihrer Motivation und  
Fähigkeiten fördert und das sozio-kulturelle Existenzminimum  
190 oberhalb des bisherigen Niveaus zuverlässig sicherstellt. Vorschläge  
für ein Grundeinkommen von 600 €, wie sie zum Beispiel aus dem  
Hamburger Weltwirtschaftsinstitut kommen, sind hingegen eine  
soziale Provokation. Im Vergleich zu Grundeinkommens-Modellen  
wie diesem, die auf eine Absenkung des Leistungsniveaus und einen  
195 Kombilohn für Besserverdienende hinauslaufen, halten wir eine  
bedarfsorientierte Grundsicherung immer noch für die sicherere und  
menschwürdigere Existenzsicherung.

Das Problem der Arbeitslosigkeit hat noch keine Marktwirtschaft  
200 dauerhaft zu lösen vermocht. Deshalb ist eine aktive  
Arbeitsmarktpolitik unverzichtbar. Sie muss begleitet werden durch  
eine gerechtere Verteilung der Arbeit und Investitionen in  
Infrastruktur, Forschung und Bildung. Qualifizierung ist der  
Schlüssel für zukunftsfähige Arbeitsplätze in der  
205 Wissensgesellschaft. Mit gut ausgebildeten Beschäftigten hat  
Deutschland jede Chance, im internationalen Wettbewerb zu  
bestehen. Deshalb ist es fatal, die Standortdebatte auf  
Lohnstückkosten oder Sozialabgaben zu verengen.

#### 210 **4. Global gerecht handeln**

Weder protektionistische Abschottung noch Freihandelsideologie  
können als Richtschnur für eine gerechte Entwicklung der  
Weltwirtschaft dienen. Offene Märkte können zur Überwindung von  
215 Hunger und Elend beitragen – aber nur wenn die  
Rahmenbedingungen stimmen. Fallen Handelsschranken bevor ein

zuverlässiger Ordnungsrahmen geschaffen wurde, dann setzt sich das Recht des Stärkeren durch und die Schwächsten geraten unter die Räder. Dass in den 80er Jahren in vielen Ländern der Sahelzone trotz  
220 äußerst kritischer Ernährungslage überwiegend Viehfutter für Europa angebaut wurde, ist ein Beispiel dafür. Die arme Bevölkerungsmehrheit in Mali konnte mit ihrer schwachen Kaufkraft nicht mit den europäischen Mästern konkurrieren. Und für die deutschen und französischen Landwirte war es billiger, Viehfutter  
225 aus Afrika zu beziehen als es selber anzubauen. Unsere Schweine fraßen das Brot der Armen. Der subventionierte Maisanbau in den USA hat nach dem NAFTA-Beitritt die Produktion dieses Grundnahrungsmittels in Mexiko unrentabel gemacht. Die Öffnung des südafrikanischen Marktes für hoch subventionierte Agrargüter  
230 aus der EU hat die dortige Konservenindustrie in den Bankrott getrieben.

Grüne Wirtschaftspolitik setzt sich dafür ein, dass die Industrienationen rein protektionistische Handelsschranken  
235 abschaffen und zugleich die Einfuhr von Rohstoffen und Industriegütern an die Einhaltung von Menschenrechten sowie ökologischen und sozialen Mindeststandards knüpfen. Die Einfuhr von Futtermitteln und Energiepflanzen aus Ländern des Südens darf dort nicht die Ernährungssicherheit gefährden oder zum Verlust der  
240 biologischen Vielfalt führen. Den Entwicklungsländern ist das Recht zuzugestehen, die eigene Landwirtschaft mit einem ausreichenden Außenschutz vor der Zerstörung durch Dumping-Einfuhren zu bewahren oder die sich noch im Aufbau befindende Industrie vor  
245 übermächtiger Konkurrenz zu schützen. Marktradikale Patentrezepte, wie sie von der WTO und den internationalen Finanzinstitutionen zum Teil immer noch vertreten werden, haben hingegen in vielen Entwicklungsländern zu katastrophalen Ergebnissen geführt und das Elend der Armen vergrößert.

250 Der Globalisierung der Märkte wollen wir ökologische und soziale Leitplanken geben. Das größte Problem der Globalisierung ist das Fehlen eines Ordnungsrahmens, der für die Einhaltung der

Menschenrechte, sozialen Ausgleich, Geschlechtergerechtigkeit und den Erhalt der natürlichen Ressourcen sorgt. Bisher sind nur der  
255 Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und die WTO mit effektiven  
Sanktionsmechanismen ausgestattet. Institutionen, die für die  
ökologische und soziale Dimension der Globalisierung sorgen sollen,  
sind demgegenüber schwach und können nur Resolutionen  
produzieren. Deshalb wollen wir den Weltwirtschafts- und Sozialrat  
260 der Vereinten Nationen aufwerten und eine starke und eigenständige  
internationale Umweltorganisation schaffen.

Die wirtschaftliche Globalisierung hat weltweite Marktöffnung  
befördert und Staaten in Wettbewerbsstaaten verwandelt, die um  
265 Investitionen und Arbeitsplätze konkurrieren. Dies beeinflusst die  
Machtbalance zwischen mobilem Kapital und der staatlichen  
Rahmensetzung erheblich. Ohne Ordnungsrahmen droht die  
internationale Standortkonkurrenz zu einem endlosen Dumping-  
Wettbewerb um die niedrigsten Löhne, Sozialleistungen und  
270 Umweltschutzaufgaben zu werden. Um dieser Entwicklung einen  
Riegel vorzuschieben, wollen wir in Europa, in der WTO und im  
System der Vereinten Nationen verbindliche soziale und ökologische  
Standards für Investitionen und Handel durchsetzen. Die notwendige  
Harmonisierung des europäischen Steuerrechts wollen wir energisch  
275 vorantreiben. Eine Angleichung der Bemessungsvorschriften für die  
Unternehmenssteuer und eine Annäherung der Unternehmenssteuern  
ist dafür ein wichtiger Schritt. Standortwettbewerb sollte  
Innovationsfähigkeit, Produktivität und Verbraucherfreundlichkeit  
zum Gegenstand haben - nicht staatliche Großzügigkeit bei der  
280 Gewährung von Subventionen und Steuernachlässen.

Gerade auf den internationalen Finanzmärkten besteht die Gefahr,  
dass die unsichtbare Hand des Marktes Chaos schafft. Wir brauchen  
eine sichtbare Hand, die Märkte leitet und verhindert, dass sie  
285 entgleisen. Um den schädlichen Folgen von internationalen  
Finanzspekulationen zu begegnen, setzen wir auf eine europäische  
Devisenumsatzsteuer und eine effektive Regulierung von Hedge  
Fonds. Entwicklungsländer wollen wir dabei unterstützen,

290 kurzfristige Kapitalzuflüsse und Kapitalabflüsse zu begrenzen, die die Stabilität des einheimischen Finanzsystems bedrohen.

295 Angesichts von 854 Millionen Hungernden und von 2 Milliarden Menschen, die von weniger als einem Euro am Tag leben müssen, sind die Millenniumsziele der Vereinten Nationen Fixpunkt grüner Weltwirtschafts- und Entwicklungspolitik. Um sie zu erreichen, wollen wir den Ländern des Südens qualifizierten Marktzugang gewähren, den ärmsten Ländern die Schulden erlassen und der Stimme der Entwicklungsländer in Weltbank, Währungsfonds und UN mehr Gewicht verleihen. Grüne Wirtschaftspolitik steht zu dem  
300 Versprechen, die Mittel für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit bis 2015 schrittweise auf 0,7% des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen. Dazu wollen wir auch innovative Finanzierungsinstrumente nutzen, wie eine Devisenumsatzsteuer, eine Flugticketabgabe oder eine Kerosinsteuer.

305

## **5. Nicht alles ist eine Ware**

310 Es gibt Aufgaben, die zu wichtig sind, um sie der Fürsorge gewinnorientierter Unternehmen zu überlassen: Bildung und Kultur, das Gesundheitswesen, innere Sicherheit und Daseinsfürsorge sind öffentliche Güter, für deren Bereitstellung der Staat Verantwortung übernehmen muss. Das gilt auch für die globalen öffentlichen Güter wie die Weltmeere, die Atmosphäre und die biologische Vielfalt. Sie brauchen Schutz vor Zerstörung durch wirtschaftliche  
315 Interessensgruppen, damit diese Güter allen Menschen zugute kommen.

320 Wesentliche Bereiche des vormals öffentlichen Sektors wurden in den letzten Jahren nicht nur modernisiert, sondern privatisiert – Luftverkehr, Post und Schienenverkehr genauso wie Kliniken, Kulturbetriebe und Sportstätten. Vielfach trat an die Stelle eines staatlichen Monopols nicht Wettbewerb, sondern private Oligopole. In den Vereinigten Staaten werden zunehmend sogar Kernaufgaben des Staates wie die Landesverteidigung oder die Erstellung des

325 Bundeshaushalts an Private übertragen. Die Ergebnisse sind alles  
andere als ermutigend: mehr Kosten für die SteuerzahlerInnen und  
weniger öffentliche Rechenschaft und Kontrolle.

Die Chancen, die Privatisierung bieten kann, hat die Entwicklung des  
330 deutschen Telekommunikationsmarktes deutlich gezeigt. Es fehlt  
aber auch nicht an Negativbeispielen, wie die Privatisierung der  
britischen Bahn, der kalifornischen Stromversorgung oder der  
Potsdamer Abwasserbetriebe. Auf jeden Fall braucht Privatisierung,  
einen effektiven Ordnungsrahmen – und damit oft mehr Regulierung  
335 als die staatliche Aufgabenerfüllung. Eine Politik nach dem Motto  
„Gewinne privatisieren, Risiken sozialisieren“ lehnen wir ab.

Entbürokratisierung ist ein Ziel grüner Wirtschaftspolitik. Dabei geht  
es uns nicht um Deregulierung sondern um eine bessere Regulierung.  
340 Wir wollen Bürokratie vermeiden und unnötige Bürokratie abbauen –  
ohne denen zu folgen, die in jeder Regelung, die ihnen nicht passt,  
Bürokratie erkennen. Schweden und Finnland machen es vor: Dort  
gibt es nach Angaben der Europäischen Kommission trotz hoher  
Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards die niedrigsten  
345 Bürokratiekosten in Europa.

Grüne Wirtschaftspolitik setzt auf einen Mix von Angebots- und  
Nachfragepolitik. Dazu gehört, nach dem starken Rückgang der  
letzten Jahre wieder mehr Spielraum für öffentliche Investitionen zu  
350 schaffen. Investitionen in Umweltschutz und ökologische  
Modernisierung, moderne Infrastruktur und Bildung sind für uns ein  
Beitrag zur Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit, den es  
auch bei der notwendigen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte  
zu beachten gilt.

355

## **6. Demokratie macht vor dem Markt nicht halt**

Grüne Marktwirtschaft unterliegt dem Primat der Politik.  
Demokratisch legitimiert, kann und muss sie den Einzelinteressen  
360 der Marktakteure die Belange des Gemeinwohls gegenüberstellen.

Dem neoliberalen Trugschluss, es sei ein Gewinn an Freiheit, an die Stelle demokratischer Gesetze das Diktat der Marktzwänge zu setzen, folgen wir nicht.

365 Die dominierende Stellung großer Konzerne ist eine Gefahr für den Wettbewerb und eine Herausforderung für die demokratische Kontrolle der Unternehmensmacht. Deshalb müssen in der Europäischen Union Verfahren zur Entflechtung marktbeherrschender Unternehmen geschaffen werden, wie sie die  
370 *Antitrust*-Gesetzgebung der Vereinigten Staaten schon kennt.

Korruptionsskandale wie die bei Siemens und VW strafen die Mär vom fairen Wettbewerb Lügen. Dass korrupte Firmen nicht auch noch von öffentlichen Aufträgen profitieren, möchte grüne  
375 Wirtschaftspolitik durch ein bundesweites Korruptionsregister sicherstellen. Außerdem wollen wir den bestimmenden Einfluss von Wirtschafts- und Lobbyinteressen auf die Politik zurückdrängen. Dazu bedarf es einer strengeren öffentlichen Kontrolle der Arbeit der Lobbyisten und einer Begrenzung der Zuwendungen von  
380 Unternehmen an Parteien und Politiker.

Grüne Marktwirtschaft will Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu Mitentscheidern machen. Deshalb treten wir für eine Stärkung der betrieblichen Mitbestimmungsrechte ebenso ein wie für  
385 selbstverwaltete und genossenschaftlich organisierte Betriebe. In den Aufsichtsräten großer Unternehmen wollen wir auch Umwelt- und Verbraucherverbänden Sitz und Stimme geben. Die Zahl der Aufsichtsratsmandate pro Person wollen wir auf maximal 5 begrenzen und den direkten Wechsel vom Vorstand in den Aufsichtsrat eines  
390 Unternehmens verbieten.

Menschenrechte und Gleichberechtigung gelten universell. Sie beanspruchen auch gegenüber Marktgesetzen und Privatautonomie  
395 Gültigkeit. Ein umfassender Diskriminierungsschutz ist für uns deshalb ebenso selbstverständlich wie der Grundsatz "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit". Deutschland weist mit die höchsten

Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern in der EU auf. Der Anteil von Frauen am Niedriglohnsektor liegt bei 70 %. Hier sind Staat und Tarifparteien gefordert. Wir wollen, dass Entgeltgleichheit künftig nicht mehr nur individuell gerichtlich durchgesetzt werden kann, sondern auch auf dem Wege der Verbandsklage. In den Vorständen der Dax-30-Unternehmen findet sich keine einzige Frau. Da die Unternehmen keine Erfolge bei der Gleichstellung der Geschlechter nachweisen können, bedarf es auch hier verbindlicher Regelungen. Dazu gehört ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, die bevorzugte Vergabe öffentlicher Aufträge an Unternehmen, die sich für Gleichstellung engagieren, und eine Quotierung der Aufsichtsräte nach norwegischem Vorbild.

410

## **7. Verbraucher sind die halbe Wirtschaft**

Die dominierende Marktstellung der vier großen deutschen Energieversorger garantiert ihnen Milliardenprofite zulasten von Verbraucherinnen und Verbrauchern. Ungerechtfertigten Preiserhöhungen sind Strom- und Gaskunden oft wehrlos ausgeliefert. Dem wollen wir durch die eigentumsrechtliche Trennung von Stromnetzen und Stromerzeugung mehr Wettbewerb entgegen setzen. Grüne Wirtschaftspolitik stärkt die VerbraucherInnen und ihre Verbände, indem sie ihnen effektive Mittel zur Durchsetzung von Verbraucherinteressen an die Hand gibt. Dazu zählen kollektive Klagerechte und wirksame Verfahren zur Abschöpfung unrechtmäßiger Unternehmensgewinne.

Grüne Wirtschaftspolitik stellt die Interessen von Verbraucherinnen und Verbrauchern in den Mittelpunkt. Sie begreift Verbraucherpolitik als wichtige Säule der Wirtschaftspolitik - Wirtschaftspolitik von der Nachfrageseite her. Nachhaltiger Konsum ist nur möglich, wenn die Auswirkungen von Kaufentscheidungen auf Mensch und Umwelt erkennbar sind. Verbraucherinnen und Verbraucher haben Anspruch zu erfahren, was in den Produkten, die ihnen angeboten werden, drin ist und wie sie hergestellt werden.

430

Behörden und Unternehmen dürfen sich diesem Informationsverlangen nicht durch vorschnelle Berufung auf vermeintliche Amts- und Geschäftsgeheimnisse entziehen. Das muss ein umfassendes Verbraucherinformationsgesetz festlegen.

Beim Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor Übervorteilung und gesundheitlichen Gefahren handelt grüne Politik nach dem Vorsorgeprinzip. Besteht der begründete Verdacht auf eine Schädigung von Verbraucherinteressen, wartet sie nicht untätig zu, bis alle Zweifelsfragen geklärt sind. Das gilt insbesondere für neue Erzeugnisse mit ungeklärtem Risikopotential wie gentechnisch veränderte Lebensmittel oder bestimmte Nanoprodukte.

Nachhaltigkeit und sozialer Fortschritt, Verbraucherschutz und Gerechtigkeit sind die Ziele grüner Wirtschaftspolitik. Um sie zu erreichen brauchen wir vom Wettbewerb bis zum Ordnungsrecht einen Mix von Instrumenten. Grüne Wirtschaftspolitik braucht einen nüchternen und realistischen Blick auf die Chancen und Grenzen marktförmiger Prozesse. Mehr aus dem Markt zu machen – dieser politischen Gestaltungsaufgabe wollen wir uns stellen.